

Erklärung des Bundesvorstandes

Volle Solidarität mit der schleswig-holsteinischen CDU

Der CDU-Bundesvorstand hat dem schleswig-holsteinischen Landesverband der Partei seine „volle Solidarität“ ausgesprochen und dessen Absicht unterstützt, die Vorgänge in Kiel lückenlos und umfassend aufzuklären. In einer von Generalsekretär Heiner Geißler am Montag (26. Oktober 1987) in Bonn vor Journalisten verlesenen einstimmigen Erklärung der Parteiführung heißt es:

Der CDU-Bundesvorstand hat den Bericht des Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und des Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, sowie die Stellungnahme des Landesausschusses der CDU Schleswig-Holstein vom 24. Oktober 1987 mit uneingeschränkter Zustimmung zur Kenntnis genommen. Der CDU-Bundesvorstand spricht der CDU Schleswig-Holstein seine volle Solidarität aus. Er unterstützt die Absicht der CDU in Schleswig-Holstein, die Vorgänge in Kiel lückenlos und umfassend aufzuklären. Wahrheit und Klarheit sind dabei die Richtschnur für die im Interesse der Demokratie dringend notwendige Aufklärung.

Der CDU-Bundesvorstand verwahrt sich gegen die haltlosen und durchsichtigen Verdächtigungen und Anschuldigungen der SPD gegenüber führenden Persönlichkeiten der CDU Schleswig-Holstein. Sie haben von den Aktivitäten Pfeiffers erstmals am 12. September durch die Agenturberichte über den Spiegel-Artikel erfahren. Deshalb wehrt die CDU

Henning Schwarz:

Waren wir stark genug?

Im Beisein von Bundeskanzler Helmut Kohl, Gerhard Stoltenberg, Bundestagspräsident Philipp Jenninger, der Ministerpräsidenten aller Bundesländer und von Altbundespräsident Karl Carstens fand am Dienstag, 27. Oktober 1987, im Dom zu Lübeck, unter großer Anteilnahme der Bevölkerung die Trauerfeier für den früheren Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, statt. Gekommen waren auch alle CDU-Landtagsabgeordnete. Der geschäftsführende Ministerpräsident Henning Schwarz sagte in seiner Trauerrede: „Bevor Uwe Barschel seinen letzten Weg geht, müssen wir in uns gehen. Waren wir stark genug, in der Not und Einsamkeit seiner letzten Wochen zu ihm zu stehen?“ Den ausführlichen Text der Rede bringen wir im Innern der Ausgabe.

jeden Versuch der SPD ab, die Integrität der CDU-Landespartei und der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein in Zweifel zu ziehen.

Demgegenüber sind führende Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein im Gegensatz zur CDU viele Wochen vor der Landtagswahl von den Aktivitäten Pfeiffers informiert worden, ohne anschließend im Interesse der politischen Kultur unseres Landes um sofortige Aufklärung bemüht gewesen zu sein.

Im politischen Leben sollten wir bei allen notwendigen Auseinandersetzungen beherrigen: Zwischen Demokraten darf es kein Freund-Feind-Verhältnis geben, und der Zweck heiligt auch wegen des gebotenen Respekts vor dem Volkssouverän nicht jedes Mittel.

Wir alle sind dafür verantwortlich, daß unsere Demokratie nicht Schaden leidet.

„Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit“, heißt es im Grundsatzprogramm der CDU. „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.“

Dieses menschliche Maß muß auch unseren Umgangsstil in der Politik kennzeichnen.

Landesausschuß für eine offene und kritische Diskussion

Der Landesausschuß der CDU Schleswig-Holstein hat am 24. Oktober 1987 nach einem Bericht des Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg eine mehrstündige Diskussion zur Situation der Partei und den landespolitischen Aufgaben geführt. Es bestand Einvernehmen in folgenden Punkten:

- Die CDU wird sich weiter offen der kritischen Diskussion über die Vorgänge seit dem 13. September sowie über Verlautbarungen aus ihren Reihen stellen.
- Unabhängig von der Bewertung einzelner Verlautbarungen unterstreicht der Landesausschuß, daß die CDU Schleswig-Holstein und ihre Führungsgremien in den schweren Wochen seit dem 13. September nach bestem Wissen ihre Verantwortung für unser Land wahrgenommen haben.
- Der Landesausschuß verurteilt die Versuche der SPD, die verwerflichen Aktivitäten des früheren Angestellten Pfeiffer zur Diffamierung der CDU Schleswig-Holstein und ihrer Repräsentanten zu mißbrauchen. Unsere Partei hat im Wahlkampf und nach dem Wahltag Fehler gemacht. Die SPD Schleswig-Holstein mußte nach gegenteiligen Versicherungen aufgrund der staatsanwaltlichen Ermittlungen zugeben, daß ihr Landesvorsitzender Jansen und andere Funktionäre bereits vor der Landtagswahl mit Pfeiffer zusammengearbeitet haben. Damit hat die SPD-Führung Schleswig-Holsteins ihre Glaubwürdigkeit verloren.
- Die Wahlniederlage am 13. September und die Vorgänge der letzten Wochen müssen zu grundlegenden Folgerungen für unsere künftige Parteiarbeit führen. Der Landesausschuß erwartet für den Landesparteitag (7. November 1987) einen ersten Bericht der vom erweiterten Landesvorstand eingesetzten Arbeitsgruppe. Die Landespartei wird die programmatische und politische Vorbereitung der Landtagswahl in Kürze beginnen.
- Der Spitzenkandidat und die Landesliste sollen auf einem Landesparteitag im ersten Vierteljahr 1988 benannt werden. Diese Erklärung wurde bei 180 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und acht Enthaltungen vom Landesausschuß gebilligt.

Sein Tod ist eine Heimsuchung

Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Henning Schwarz anlässlich der öffentlichen Trauerfeier für Ministerpräsident a. D. Dr. Uwe Barschel am 27. Oktober 1987 im Dom zu Lübeck.

Dr. Uwe Barschel ist tot.

Sein einsames Ende im fernen Genf hat die Menschen weit über unsere Landesgrenzen hinaus in Erschrecken und Trauer vereint, hat uns zugleich auseinander, ja gegeneinander gejagt. Es hat unsere Gewissen gepackt. Sein Tod ist eine Heimsuchung.

Ein Mann in der Blüte seines Lebens liegt vor uns.

Wir reichen seiner tapferen Frau, seinen Kindern, seiner Mutter und seinen Geschwistern die Hände und wollen ihnen über Worte hinaus Hilfe und Stütze sein.

Wir wollen die Wahrheit, auch wenn sie Schmerzen bringt, wir wollen Recht und Menschenwürde unter uns und für Uwe Barschel.

Seine junge und starke Kraft hat unserem Land gedient, damit uns allen.

Seine Taten, seine Ziele, Nutzen zu mehr und Schaden abzuwenden, bleiben uns.

Mehr als 15 Jahre hat Uwe Barschel die Politik unseres Landes mitgestaltet und geprägt:

- als Abgeordneter des Landtages, seit 1971,
 - als Parlamentarischer Vertreter des Kultusministers und Beauftragter für Jugend und Sport,
 - als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion,
 - als Finanz- und Innenminister,
 - als Ministerpräsident in fünf Jahren.
- Als ganz kleinen Jungen hat seine treue Mutter ihn aus dem brennenden Berlin mit*

seinen Geschwistern an den Rand des Sachsenwaldes gebracht.

Als Schleswig-Holsteiner Lauenburger Prägung ist er aufgewachsen und hat sich immer so verstanden. Es blieb so, wie in seiner Schüler- und Studentenzeit: Wo andere drei Schritte machten, brauchte er nur einen. Er brachte mit, was im besten Sinne Berlin ist: Schnelles, zielgerechtes Denken, Schlagfertigkeit, Führungskraft, Entschlossenheit; allerdings in einer unwie-derbringlichen Verbindung mit Kamerad-schaftlichkeit und Sinn für Gerechtigkeit.

Das waren die Gründe, weswegen seine Freunde ihn auswählten und immer wieder wählten, zum Vorsitzenden der Jungen Union, zum Kreisvorsitzenden, zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU, zum Fraktionsvorsitzenden im Kreistag von Lauenburg und im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ein stets präsen-ter Redner, fürs Detail, für die große Linie, fürs harte Handgemenge, für Zwischenrufe — die er selbst auf der Regierungsbank kaum bremsen konnte. Partei und Fraktion haben dem Debatter Uwe Barschel zu dan-ken, der selten jemandem schonte, sich auch nicht.

Partei und Fraktion haben auch dem Den-ker und Formulierer zu danken, kein Wahlprogramm, keine verbindliche Aus-sage war ohne seine Handschrift. Oft genug war sie es beinahe allein.

Als Finanzminister hat er noch als der Schnee meterhoch auf unseren Dörfern und Straßen lag, dafür gesorgt, von den Bürgern unbillige Härten abzuwenden.

Als Innenminister hat er eine der größten Massendemonstrationen bewältigt, mit Übersicht, human und rechtsstaatlich.

Die Leistungen Uwe Barschels in seiner fünfjährigen Amtszeit als Ministerpräsi-

dent unseres Landes haben über seinen Tod hinaus Bestand. Er wußte, der Reichtum unseres Landes sind seine Menschen. Er fühlte und lebte mit den jungen Menschen. Vehemente Energie hat er eingesetzt, um die Chancen zur Berufsausbildung zu steigern. Seine Appelle, seine Organisationskraft haben Früchte getragen. Die vorausgesagte Katastrophe blieb aus.

Unter der Arbeitsmarktlage hat er buchstäblich persönlich gelitten.

Angesichts seiner unkonventionellen Wege, ich spreche von einem Millionenprogramm über drei Jahre, hat mancher Ordnungspolitiker nachdenklich das Haupt gewiegt. Unter Uwe Barschels Vorsitz wurde die Arbeitsplatzoffensive von Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung erarbeitet. Das geschah, als bundesweit erbittert über die Bedingungen des Arbeitskampfes gestritten wurde. Er selbst hat diese erfolgreiche Operation dem angestammten schleswig-holsteinischen Gemeinsinn zugeschrieben. Sie zeigt aber auch: Uwe Barschel konnte zusammenführen und einen.

Uwe Barschel war ein naturverbundener Mann. Man muß ihn in seiner wildesten Kluft in seinem Garten und mit Tieren erlebt haben, oder auf langen Wegen durch die Lauenburger Wälder und Wiesen. Er hatte einen offenen Blick für alles, was wächst und lebt. Als Jurist und Politiker stand er in fast aussichtsloser Position für die Ergänzung des Grundgesetzes durch das Staatsziel Umweltschutz. Seine Haltung wird, über seinen Tod hinaus, Erfolg bringen. Uwe Barschel hat das Thema Nationalpark Nordfriesisches Wattenmeer energisch angepackt und zu einem guten Ende geführt, gegen viele Widerstände.

Die Extensivierung naturwerthafter Landschaftsteile war seine persönliche Idee, die sich zu aller Überraschung mit Zustim-

mung der wirtschaftenden Eigentümer über das ganze Land verbreitete. Werften, Bau- gewerbe, Landwirtschaft, Erhaltung und Vermehrung gewerblicher und dienstleis- tender Betriebe und Arbeitsplätze, dazu die schwierige Haushaltslage. An Proble- men hat es in unserem Lande nicht gefehlt in seiner Regierungszeit. Es war keine Schönwetterperiode. Er hat sich allem gestellt und sich nicht geschont. Keine Dis- kussion war ihm zu riskant, keine Protest- versammlung zu mulmig.

Uwe Barschel hat die Medienlandschaft neu geordnet. In seinem Kopf waren die komplizierten Rechts- und Vertragsverhält- nisse des öffentlichen Rundfunks wie weit- greifende technische und publizistische Ver- hältnisse geordnet und abrufbar zu Hause.

Er sah den traditionsreichen Norden Deutschlands wie er steht und liegt. Er kannte die überkommenen Belastungen und die neu aufgerissenen Disparitäten. Er hat sich um gute Nachbarschaft bemüht.

Er hat seinen Einigungswillen und seine gelegentlich entwaffnende Vorurteilslosig- keit in die Gemeinschaft der norddeutschen Länder eingebracht.

Uwe Barschel liebte Deutschland, sein Vaterland. Er hörte nicht auf, an die Ein- heit der Nation zu glauben und allem zu widerstehen, was gegen die historischen und rechtlichen Ansprüche unseres geteil- ten Volkes aufgebaut ist. Er bekannte sich, wo andere Schultern und Arme sinken lie- ßen.

Uwe Barschel hielt es für eine der vor- nehmsten Aufgaben der demokratischen Gesellschaft, Bildung, Kunst und Kultur zu fördern. Er wollte den erkennenden, wer- tenden Bürger, wollte dessen Wurzelschlag im Boden des Geistigen und der Empfin- dung mehren. Zahlreiche Museen wurden eröffnet und erweitert. Ein Landeskultur- programm trug die Erlebbarkeit herge-

brachter und neuer Kunst aller Felder in die Breite unseres Landes.

Die örtliche Einzelheit — ich denke an sein Wirken in der Stiftung Lauenburg — fesselte ihn persönlich genauso wie das weit über die Grenzen unseres Landes begeisterte Schleswig-Holstein Musik-Festival.

Friede und Verständigung im deutsch-dänischen Grenzraum lag ihm am Herzen. Er sah die dänische Minderheit als Bereicherung für unser Land. Er fühlte sich den dänischen Staatsbürgern deutscher Volkzugehörigkeit innerlich verbunden. So ist sein Handeln nicht allein aus juristischen und politischen Kategorien zu definieren.

Das schreckliche Unglück vom 31. Mai in Lübeck-Blankensee erscheint uns heute in anderem Licht. Er hat damals Bestürzung und Trauer, körperliche Schmerzen und Verleumdung ertragen. Plötzlich wurde sichtbar, mit welchen Risiken hohe politische Ämter verbunden sein können und wie einsam sie persönlich einzulösen sind.

Heute müssen wir ihn begraben. Bevor Uwe Barschel seinen letzten Weg auf unserer Erde antritt, die er zuvor rastlos überquerte, müssen wir in uns gehen.

Wir müssen uns fragen, ob es der humanen Leitidee der Demokratie entspricht, wenn bei dem Wettbewerb um Mehrheiten Herabsetzung, Demütigung und Tod folgen. Sicher nicht.

Wir, seine politischen Freunde, müssen uns fragen, ob wir ihn so vorbehaltlos geliebt und geschätzt haben, wie seine Frau, seine Kinder und seine Geschwister. Sicher nicht. Wer kann das schon von sich behaupten. Waren seine Freunde stark genug, in der Not und Einsamkeit seiner letzten Wochen zu ihm zu stehen, wie in guten Tagen?

Was ist aber, wenn Einsamkeit um sich greift und das nicht allein durch räumliche Entfernung? Welches Gewicht hat das

Gemeinwohl in einer solchen Lage? Mit der Last dieser Fragen müssen wir weiterleben.

Der Tod hat unsere Befindlichkeit verändert. Nichts ist mehr so, wie es vor Tagen war. Dennoch halten wir fest: Uwe Barschel wollte Gutes und hat viel davon in seinem kurzen Leben auf den Weg gebracht. Er sah mit Hoffnung in die Zukunft. Er war ein Optimist. „Es ist klüger“, schreibt Dietrich Bonhoeffer 1943, „pessimistisch zu sein: Vergessen sind die Enttäuschungen und man steht vor den Menschen nicht blamiert da. So ist Optimismus bei den Klugen verpönt. Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über die gegenwärtige Situation, sondern er ist eine Lebenskraft, eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignieren, eine Kraft, den Kopf hoch zu halten, wenn alles fehlzuschlagen scheint, eine Kraft, Rückschläge zu ertragen, eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner läßt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt. Es gibt gewiß auch einen dummen, feigen Optimismus, der verpönt werden muß.“

Aber den Optimismus als Willen zur Zukunft soll niemand verächtlich machen, auch wenn er hundertmal irrt; er ist die Gesundheit des Lebens, die der Kranke nicht anstecken soll. Es gibt Menschen, die es für unernst, Christen, die es für unfromm halten, auf eine bessere irdische Zukunft zu hoffen und sich auf sie vorzubereiten. Sie glauben an das Chaos, die Unordnung, die Katastrophe als den Sinn des gegenwärtigen Geschehens und entziehen sich in Resignation oder frommer Weltflucht der Verantwortung für das Weiterleben, für den neuen Aufbau, für die kommenden Geschlechter. Mag sein, daß der jüngste Tag morgen anbricht, dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen, vorher aber nicht“.

Erklärung von Gerhard Stoltenberg zu den Kieler Ereignissen

Nach dem tragischen Tod Uwe Barschels habe ich bewußt davon abgesehen, mich an der Diskussion über die vorhergehenden öffentlichen Auseinandersetzungen seit dem 13. September zu beteiligen und mich zu den vom Bruder des Verstorbenen im Fernsehen gegen die Führung der schleswig-holsteinischen CDU erhobenen Vorwürfe zu äußern. Da jetzt aber vielfältige neue fragwürdige Spekulationen, Unterstellungen oder Attacken verbreitet werden, will ich im Interesse unserer Landespartei folgendes feststellen:

Die erneut von der Bonner SPD unternommenen Versuche, die CDU Schleswig-Holsteins und mich persönlich für die Affäre Pfeiffer, die verwerflichen Aktivitäten des früheren Angestellten der Landespressestelle, mitverantwortlich zu machen, weise ich entschieden zurück. Sie sind eine haltlose Verdächtigung. Ich bin von den beruflichen Aufgaben Pfeiffers und seinen Aktivitäten erstmals am 12. September durch die Agenturberichte über den „Spiegel“-Artikel informiert worden.

Uwe Barschel hat nach dem 13. September in zwei ausführlichen persönlichen Gesprächen mit mir und in seinen Erklärungen vor den Führungsgremien von Partei und Fraktion die Vorwürfe Pfeiffers in einer für uns schlüssigen und überzeugenden Weise zurückgewiesen. Deshalb haben wir ihm mehrfach freundschaftliche Verbundenheit und Solidarität ausgesprochen. Dies galt auch für seine Absicht, in den beginnenden Verfahren die Behauptungen Pfeiffers zu widerlegen beziehungsweise zu entkräf-

ten. Ich habe versucht, in den persönlichen Gesprächen Uwe Barschel nach bestem Wissen und im Rahmen meiner Möglichkeiten Rat und Unterstützung zu geben.

Gegen Ende September gab es bei meinen Aufenthalten in Kiel in Gesprächen mit Parteifreunden Mitteilungen über konkrete Hinweise, die sie erhalten hatten und die Zweifel an einzelnen Aussagen Uwe Barschels weckten. Diese Informationen verursachten erhebliche Sorgen, machten aber nicht eine abschließende sichere Beurteilung möglich. Uwe Barschel hat in unserem letzten Gespräch am 28. September, in dem ich ihn auf derartige Hinweise ansprach, entschieden und grundsätzlich seine Aussagen aus der Zeit nach dem 13. September bekräftigt und sich über die Zweifel einiger Kollegen beklagt. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen und dem Gebot der Fairneß mußte ich deshalb davon ausgehen, daß eine sichere Klärung der angesprochenen Sachverhalte erst in den bevorstehenden Verfahren der Justiz und des Untersuchungsausschusses erfolgen könne.

Als ich kurz vor der Abreise Uwe Barschels von seiner Absicht hörte, den Urlaub in Sizilien oder — wie er mir dann sagte — auf Gran Canaria zu verbringen, habe ich ihm telefonisch dringend empfohlen, einen Ort zu wählen, an dem er jederzeit erreichbar sei und im Bedarfsfall kurzfristig nach Kiel zurückkehren könne. Uwe Barschel hat sich für diesen Rat bedankt, aber er ist ihm nicht gefolgt.

Mich hat vor dem Hintergrund dieses Ablaufs der Vorwurf des Bruders des Verstorbenen verletzt, meine Freunde und

Mit der Konjunktur geht es weiter aufwärts

Die Daten für den August weisen einen kräftigen Anstieg von Auftragseingängen und Produktion in der Industrie aus. Die Nachfragebelebung kam aus dem In- und aus dem Ausland und erfaßte die ganze Breite der Industriebereiche. Auch die Industrieproduktion hat nach den etwas schwächeren Ergebnissen in den Vormonaten wieder Anschluß an die Nachfrageentwicklung gefunden. Das Monatsergebnis vom August ist durch Großaufträge und ferienbedingte Verzerrungen überzeichnet. Die Gesamttendenz der letzten Monate bestätigt jedoch deutlich, daß es mit der deutschen Konjunktur weiter aufwärts geht.

Die Kräftigung der Industrie-Konjunktur ist ein gutes Zeichen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Denn die Indu-

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

ich hätten Uwe Barschel „fallengelassen“. Ich beabsichtige aber nicht, hierüber in eine detaillierte Auseinandersetzung einzutreten. Ich habe noch am 7. Oktober, dem Abend des 1. Sitzungstages des Untersuchungsausschusses, als die bestürzenden Nachrichten aus Kiel mich in Bonn erreichten, vergeblich mehrfach versucht, Uwe Barschel über die mir von einem seiner Mitarbeiter überlassenen Telefonnummer zu erreichen.

Ich bin nicht bereit, durch unbegründete Angriffe, publizistische Spekulationen oder auch haltlose Verdächtigungen der SPD, die Integrität unserer Landespartei und -fraktion oder meine persönliche Aufrichtigkeit in Zweifel zu ziehen zu lassen.

strie wurde von der Wechselkursbedingten Erschwerung des Auslandsgeschäfts und der Verschärfung der Importkonkurrenz am stärksten betroffen. Der Wandel, der sich nach der Stabilisierung der Wechselkurse seit Frühjahr abzeichnete, hat nunmehr deutlichere Konturen gewonnen. Die Auslandsnachfrage ist nachhaltig angestiegen und der Export hat sich erholt. Die deutsche Industrie kann außerdem wieder stärker an der guten Konsumkonjunktur partizipieren, die lange Zeit hauptsächlich den tertiären Bereich von Handel, Handwerk und Dienstleistungen begünstigte. Die Stabilisierung der Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland hat darüber hinaus Unsicherheiten und Belastungen des Investitionsklimas abgebaut. Damit stehen die Auftriebskräfte wieder auf einer breiteren Basis.

Louvre-Abkommen erfolgreich

Zur Stabilisierung der Wechselkurse hat die verbesserte währungspolitische Kooperation der wichtigsten Industrieländer einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Einsicht ist gewachsen, daß die Vernachlässigung außenwirtschaftlicher Einflüsse und überzogene Wechselkursbewegungen der Weltwirtschaft insgesamt schaden. Das Louvre-Abkommen vom Februar, das zuletzt auf der Jahresversammlung von IWF und Weltbank erneut bekräftigt wurde, erwies sich als erfolgreich. Obwohl unerwünschte Wechselkursauschläge weiterhin nicht ausgeschlossen werden können, ist dieses Abkommen eine wichtige Orientierungshilfe für die Märkte, bis der Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel, der Zeit braucht, deutlicher sichtbar wird.

Friedrich Vogel:

Tatverdacht ist nicht gleich Tatüberführung

Der Deutsche Bundestag hat erstmals in dieser Legislaturperiode ein eigenes Gremium für die Menschenrechte eingesetzt. Vorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Friedrich Vogel. Vogel nahm in der Menschenrechtsdebatte am 8. Oktober 1987 im Deutschen Bundestag auch zur vieldiskutierten Frage der Asylgewährung für 15 Chilenen Stellung und führte u. a. aus:

Diese 15 Chilenen — das läßt sich nicht hinwegdiskutieren — stehen unter dem Verdacht schwerwiegender Straftaten, die mit der Todesstrafe bedroht sind. Ich weiß nicht, wie schwerwiegend dieser Verdacht tatsächlich ist, und es mag sich auch um dringenden Tatverdacht handeln, wie er bei uns für die Anordnung von Untersuchungshaft vorausgesetzt wird. Dies muß aber hinzugefügt werden: Auch noch so dringender Tatverdacht ist nicht der Tatüberführung gleichzusetzen, und darauf wird es am Ende ankommen.

Herr Blüm hat das Urteil des Zweiten Militärgerichts in Santiago vom 28. November 1986 zitiert. Durch dieses Urteil sind drei der 15 Chilenen zum Tode verurteilt worden. Ich bin selbst in meinem Leben viele Jahre Richter gewesen; ich bin auch Strafrichter gewesen. Seit noch mehr Jahren bin ich aktiv tätiger Anwalt, und zwar nicht nur Titularanwalt, wie es bei vielen hier im Hause der Fall ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Mir haben sich beim Lesen der Urteilsgründe die Haare gestäubt. Eine solche Beweisführung wie in diesem Urteil würde bei uns vor keinem Revisionsgericht Bestand haben können. Herr Blüm hat schon darauf hingewiesen: Achtmal wird das Urteil

auf Geständnisse gestützt und werden diese als ausreichende Beweismittel gemäß Art. 481 des chilenischen Strafgesetzbuches gewürdigt. Man muß dazu wissen, daß im chilenischen Strafverfahren dem Beweiswert eines Geständnisses eine hervorgehobene Bedeutung zukommt. Man muß weiter wissen, daß in der Regel der Untersuchungshaft in Justizgefängnissen eine kürzere oder längere Haftzeit im Polizeigewahrsam vorausgeht — die sogenannte Incomunicado-Haft — und daß während dieser Haftzeit im Polizeigewahrsam hauptsächlich die Folterübergriffe vorgenommen werden. Wir haben genügend Anhaltspunkte dafür, daß die Chilenen, um die es hier geht, gefoltert worden sind.

Es darf für uns kein Streitpunkt sein, daß für Geständnisse, die durch Folter erzwungen werden, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ein absolutes Verwertungsverbot im Strafprozeß gilt, und zwar — dies füge ich hinzu — unabhängig davon, ob diese Geständnisse richtig oder ob sie falsch sind. Durch Folter erzwungene Geständnisse unterliegen einem absoluten Verwertungsverbot.

Es gibt in unserem Stafrecht sozusagen eine Magna Charta der Beschuldigten — dies ist ein weltweit geltender rechtsstaatlicher Grundsatz —: den Grundsatz in dubio pro reo.

Wenn wir all das bedenken, dann ist es zwar richtig, daß formal ein unmittelbarer Handlungszwang nicht besteht, aber ich möchte jedenfalls für meine Person hinzufügen, daß für uns, wenn wir das alles bedenken, auch heute schon feststeht, wie wir entscheiden müssen, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen.

Mehr Ämter und Mandate für Frauen

Die gemeinsame Sitzung der Bundesvorstände von CDU und Frauenvereinigung am 12. Oktober 1987 unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl, hatte das Ergebnis, daß die Partei nach der Phase grundsätzlicher Entscheidungen auf ihren Bundesparteitagen in Essen 1985 (Essener Leitsätze zur neuen Partnerschaft von Mann und Frau) und Mainz 1986 (C3-Beschluß) nun in die Phase konkreter organisatorischer und institutioneller Schritte zur Verwirklichung der politischen Gleichstellung der Frauen in der CDU eintreten muß.

Der Bundesvorsitzende unterstrich zu Beginn der Sitzung noch einmal die Notwendigkeit, den Beschluß des Bundesparteitages in Mainz zu verwirklichen, nämlich den Anteil der Frauen an Mandaten, Ämtern und Funktionen so zu steigern, daß er bis zum Beginn der 90er Jahre dem Anteil an der CDU-Mitgliedschaft entspricht.

In der mehrstündigen gemeinsamen Sitzung wurden im einzelnen folgende Vereinbarungen getroffen:

1. In der Organisationskommission der CDU wird die Richtlinie zur Kandidatenaufstellung von 1975 fortgeschrieben. Die dann neugefaßte Kandidatenaufstellungsrichtlinie soll die Untergliederungen der Partei motivieren und verpflichten, den Anteil von Frauen an Ämtern und Mandaten bei allen künftig anstehenden Wahlen (Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Europawahl, Bundestagswahl) zu steigern.

2. Unter der Leitung des Generalsekretärs, Heiner Geißler, und der Bundesvorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung,

Bundesministerin Rita Süßmuth, wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes der CDU und der Frauenvereinigung eingerichtet, in der alle mit der innerparteilichen Frauenförderung zusammenhängenden Fragen bearbeitet werden. Hierzu gehören insbesondere

- die Formulierung von Inhalten für Gleichstellungsprogramme;
- die Schaffung geeigneter Instrumente zu ihrer Umsetzung;
- die Pflicht zu Berichten auf allen Parteitagen, die einen Nachweis erbringen über konkrete Initiativen zur Frauenförderung.

3. Die CDU richtet einen Bundesfachausschuß „Frauenpolitik“ ein, der ein konkretes Arbeitsprogramm erstellt, womit die CDU die politischen Herausforderungen annimmt, die sich aus der Lebenssituation von Frauen heute ergeben. Herausforderungen werden hierbei vor allem sein:

— Kriterien für Frauenförderpläne in allen Bereichen des gesellschaftlichen und beruflichen Lebens, die eine deutliche Steigerung der personellen Repräsentanz von Frauen in allen Ämtern, Mandaten und Funktionen des öffentlichen Lebens möglich machen.

— Der Abbau von Benachteiligungen bei Teilzeitarbeit und die Durchsetzung besserer Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen, um die Gleichstellung von Frauen im Beruf durchzusetzen.

— Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Stellung der Frau in der Familie und die damit verbundene Anerkennung der Familienarbeit im öffentlichen

Bewußtsein (z. B. durch Anerkennung von Pflegeleistungen).

— Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z. B. Mehr Teilzeitarbeitsplätze, bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, Ausbau von Erziehungszeiten mit Beschäftigungsgarantie).

— Verbesserung der Möglichkeiten einer Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben (z. B. Weiterbildung).

Das Verfahren zur Berufung von sachkundigen Männern und Frauen in diesen Ausschuß wird in den nächsten Wochen abgeschlossen werden.

4. Die eingesetzte gemeinsame Arbeitsgruppe wird ihr Arbeitsprogramm zur innerparteilichen Frauenförderung bei der nächsten gemeinsamen Sitzung der Bundesvorstände von CDU und Frauenvereinigung im Januar 1988 zur endgültigen Beratung vorlegen. Das Frauenförderprogramm soll dann beim Bundesparteitag vom 12. bis 14. Juni 1988 beschlossen werden.

Angesichts des erheblich angestiegenen Anteils der jüngeren Altersjahrgänge bei den weiblichen Neumitgliedern im Jahre 1987 werden sich die Bundesvorstände von CDU und Frauenvereinigung auf dieser zweiten Sitzung außerdem 1988 mit der notwendigen Stärkung des Arbeitskreises „Politik für junge Frauen“ innerhalb der Frauenvereinigung beschäftigen.

5. Der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, erwartet, daß die Vorsitzenden von CDU und Frauenvereinigung auf allen Ebenen ihren Einfluß geltend machen, damit die Instrumente für die innerparteiliche Gleichstellung der Frauen eingesetzt und z. B. die notwendigen Beschlüsse zur Umsetzung der Kandidatenaufstellungsrichtlinie auf den jeweiligen Parteitag gefaßt werden.

Norbert Blüm als Tagungspräsident

Der CDU-Bundesvorstand hat am 26. Oktober 1987 folgenden Vorschlag für das Tagungspräsidium des 35. Bundesparteitages am 9. November 1987 in Bonn gemacht:

Tagungspräsident:

Dr. Norbert **Blüm**, MdB
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Beisitzer:

Barbara **Schäfer**, MdL
Landesverband Baden-Württemberg
Dr. h. c. Peter **Lorenz**
Landesverband Berlin
Bernd **Neumann**, MdB
Landesverband Bremen
Jürgen **Echternach**, MdB
Landesverband Hamburg
Otti **Geschka**, MdL
Landesverband Hessen
Wilfried **Hasselmann**, MdL
CDU in Niedersachsen
Manfred **Carstens**, MdB
Landesverband Oldenburg
Leni **Fischer**, MdB
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Dr. Bernhard **Vogel**, MdL
Landesverband Rheinland-Pfalz
Peter **Jacoby**, MdL
Landesverband Saar
Ingrid **Roitzsch**, MdB
Landesverband Schleswig-Holstein
Henning **Lemmer**, Exil-CDU
Prof. Dr. Rita **Süssmuth**, MdB
Frauenvereinigung
Roswitha **Verhülsdonk**, MdB
Frauenvereinigung
Christoph **Böhr**, Junge Union
Dr. Horst **Waffenschmidt**, MdB
Kommunalpolitische Vereinigung
Prof. Dr. Winfried **Pinger**, MdB
Mittelstandsvereinigung
Rudolf **Friedrich**, MdL
Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung,
Union der Vertriebenen und Flüchtlinge
Heinz **Soenius**, MdL
Sozialausschüsse der CDA

Klaus Töpfer

Müllverbrennung auf See soll um 80 Prozent reduziert werden

Die spektakuläre Aktion dänischer Fischer, die gemeinsam mit der Umweltorganisation „Greenpeace“ gegen die Verbrennung chlorierter Kohlenwasserstoffe in der Nordsee protestierten und dabei das Verbrennungsschiff „Vulkanus II“ manövrierfähig machten, hat der Umwelt einen Bärendienst erwiesen. Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat am 27. Oktober vor der Presse erklärt, warum es kurzfristig keine Alternative zu dieser Form der Entsorgung gibt und wie die Bundesregierung bis 1991 die Verbrennung chlorierter Kohlenwasserstoffe (CKW) auf See um 80 Prozent reduzieren will.

Jedes Jahr fallen in der Bundesrepublik Deutschland 150 000 t chlorkohlenwasserstoffhaltige Lösemittel an. Nach den vorliegenden Statistiken wird ein Teil davon wiederaufgearbeitet, ein anderer Teil in der Bundesrepublik verbrannt und gut ein Drittel — ca. 55 000 t — über den Hafen Antwerpen auf Verbrennungsschiffen in der Nordsee entsorgt. Insgesamt werden damit jedes Jahr in der Nordsee 110 000 bis 120 000 t CKW-haltige Abfälle aus Europa verbrannt. Für die Nordsee geht davon allerdings keine latente Gefahr aus, da die Verbrennung den strengen Bestimmungen des Oslo-Abkommens unterliegt. Dieses Abkommen regelt die Verbrennung von Giftstoffen auf hoher See.

Die 55 000 t chlorkohlenwasserstoffhaltigen Abfälle aus der Bundesrepublik Deutschland, die auf See verbrannt werden, stammen aus knapp 1 000 Betrieben

aller Branchen. Hauptverwender der Lösemittel und damit im wesentlichen die Erzeuger dieser Abfälle sind Betriebe der metallverarbeitenden, der chemisch-pharmazeutischen sowie der Elektroindustrie. Chlorierte Kohlenwasserstoffe werden hier vorrangig zur Reinigung der Metalloberflächen eingesetzt, die anschließend lackiert und beschichtet werden müssen. Daher fallen diese Abfälle insbesondere in den Zulieferbetrieben der Automobilindustrie von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen an.

Erfolgreiche Verhandlungen mit Belgien

Am 4. Oktober 1987 lief die Genehmigung zur Entsorgung deutscher Abfälle über den belgischen Hafen Antwerpen aus. Die belgische Regierung war bislang nicht bereit, einer Verlängerung der erforderlichen Genehmigung zuzustimmen. Eine Entsorgung chlorierter Kohlenwasserstoffe auf hoher See war deshalb seit dieser Zeit nicht mehr möglich. Seit Oktober wurden diese Abfälle daher in den beiden Sammellagern Essen und Mannheim bzw. auf den Betriebsgeländen der Verbraucher gelagert. Drastische Auswirkungen auf die Produktion in den betroffenen Betrieben mit entsprechenden Konsequenzen für die Arbeitsplätze drohten, hätte dieses Problem nicht kurzfristig gelöst werden können.

Nur aufgrund der intensiven Gespräche, die Bundesumweltminister Klaus Töpfer mit seiner belgischen Kollegin Smet sowie Vertretern der deutschen Industrie geführt hat, konnte der sich abzeichnende Müllnotstand verhindert werden:

Die belgische Umweltstaatssekretärin, Frau Smet, hat sich am 25. Oktober 1987 nach schwierigen Verhandlungen mit Bundesumweltminister Töpfer schließlich bereit erklärt, die Genehmigung für deutsche Transporte zur Seeverbrennung um zwei Jahre zu verlängern. Grundlage für diese Entscheidung, die auch entsprechende Rückwirkungen auf Österreich und die Schweiz hat, war nicht zuletzt die Tatsache, daß Minister Töpfer seiner Kollegin konkrete Elemente eines mittel- und langfristigen Konzepts zur gesicherten Entsorgung CKW-haltiger Lösemittel darstellen konnte.

Mittelfristiges Konzept für den Problemmüll

Töpfer unterstrich, daß mit dieser Entscheidung der belgischen Regierung nur eine sehr kurzfristige Beseitigung des akuten Notstands möglich wird. Massive Anstrengungen zur Vermeidung, Wiederverwertung und umweltgerechten Beseitigung von chlorierten Kohlenwasserstoffen an Land seien unumgänglich. Dabei schloß Töpfer nicht aus, daß für eine Übergangszeit auch eine Verbrennung auf See über einen deutschen Hafen notwendig werden könnte.

Als Bestandteile des mittel- und langfristigen Entsorgungskonzepts nannte der Bundesumweltminister drei Teilbereiche:

1. Verzicht auf den Einsatz chlorierter Lösemittel

Die Situation kann entscheidend verändert werden, wenn es gelingt, auf den Einsatz chlorierter Lösemittel in der Industrie zu verzichten. Zunehmend stellt die chemische Industrie derartige nicht-chlorierte Lösemittel zur Verfügung. Es kommt nunmehr darauf an, daß diese weniger umweltbelastenden Stoffe auch in der Verarbeitung eingesetzt werden. Die chemische Industrie hat im Gespräch mit Bundesumweltminister Töpfer zuge-

sagt, die bisher mit CKW-haltigen Lösemitteln belieferten Betriebe dahingehend zu beraten, wo immer möglich die Produktion so weit und so schnell wie möglich umzustellen.

2. Verbesserung der Wiederaufarbeitung

Verbrauchte Lösemittel können teilweise wiederaufgearbeitet werden. Dies setzt allerdings voraus, daß die Abfälle nach Lösemitteln getrennt gesammelt werden. Derzeit laufen Bemühungen, die Kapazitäten zur Wiederaufarbeitung um etwa 15 000 t pro Jahr zu erhöhen. Die chemische Industrie hat Bundesumweltminister Töpfer zugesagt, ihrerseits Konzepte zu entwickeln, wie man den Aufarbeitungsgrad noch weiter erhöhen kann.

3. Erhöhung der Verbrennungskapazität

Selbst unter Ausnutzung aller Wiederaufarbeitungs- und Ersatzmöglichkeiten wird es auf Dauer immer chlorierte Kohlenwasserstoffe geben, die weiterhin verbrannt werden müssen. Denn die Verbrennung ist die derzeit einzige praktisch erprobte und bewährte Methode, durch die die gefährlichen Chlorkohlenwasserstoffe umweltgerecht beseitigt werden können. Um die Bildung gefährlicher Dioxine zu vermeiden, muß diese Verbrennung allerdings bei sehr hohen Temperaturen erfolgen. Dies geschieht in Hochtemperaturverbrennungsanlagen mit entsprechender Rauchgasreinigung.

Nach Meinung der Umweltministerkonferenz sind für diese und sonstigen brennbaren Sonderabfälle mittelfristig in der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich 10 Hochtemperatur-Verbrennungsanlagen mit einer Gesamtkapazität von 500 000 bis 600 000 t jährlich erforderlich. In diesen Anlagen könnten dann auch CKW-haltige Lösemittel, die heute noch auf See verbrannt werden, mitentsorgt werden.

Den Bürgern Heimat geben

„Den Bürgern Heimat geben“ — unter diesem Motto stand der diesjährige Bundeskongress der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU vom 22. bis 24. Oktober 1987 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Aufgabe der Unions-Kommunalpolitiker sei es, die Anliegen der Bürger zu erkennen und Lösungen zur Hilfe anzubieten, sagte der alte und neue Vorsitzende der Vereinigung, Horst Waffenschmidt. Neben den Wahlen zum Bundesvorstand standen vor allen Dingen aktuelle Fragen der Bundes- und Landespolitik zur Debatte. In erster Linie natürlich die Steuerreform und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden. (Siehe auch an anderer Stelle dieser Ausgabe.)

Horst Waffenschmidt wies nachdrücklich die von SPD-Politikern geäußerte Kritik zurück, wonach die Steuerreform den Gemeinden Mindereinnahmen von fast neun Milliarden DM brächten. Waffenschmidt bezifferte die Mindereinnahmen auf 5,1 Milliarden, denen andererseits Mehreinnahmen von 2,3 Milliarden gegenüberstünden. Er forderte vor allen Dingen die Länder auf, die Kommunen an Mehreinnahmen zu beteiligen. Insgesamt — so der KPV-Vorsitzende — werde die Steuerreform, die man bejahe, den Gemeinden keine Mindereinnahmen bringen, sondern lediglich eine Beschneidung der Mehreinnahmen. Außerdem könnten die Gemeinden von den durch die Steuerreform zu erwartenden höheren Wachstumsraten profitieren.

Entschieden sprach sich Waffenschmidt für eine Beibehaltung der Gewerbesteuer aus, bis man eine bessere und für die Gemeinden akzeptable Lösung gefunden habe. Abgelehnt wird von den Unionspo-

litikern nach wie vor die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer. Statt dessen strebe die KPV an, integrationswilligen Ausländern die Einbürgerung zu erleichtern.

Neben Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, auf dessen Ausführungen wir gesondert in dieser Ausgabe eingehen, stand Bundesbauminister Oscar Schneider mit einem Referat im Mittelpunkt des ersten Tages. Der Minister bezeichnete die Sicherung des ländlichen Raumes als eine zentrale Aufgabe der Raumordnungspolitik.

Zur Bewältigung der Probleme des ländlichen Raumes, so der Minister, bedürfe es neben der Lösung der agrarpolitischen Fragen ergänzender Maßnahmen in wichtigen anderen Bereichen. Dazu gehörten Ausbildung und Wirtschaftsförderung ebenso wie die Lösung von Standortproblemen für Industrie, Handel und Gewerbe. Bei der Ansiedlung neuer Dienstleistungsbetriebe müsse der ländliche Raum angemessen berücksichtigt werden. Die „Europäische Kampagne für den ländlichen Raum“, die auf Initiative des Europarates in diesem und im nächsten Jahr durchgeführt werde, solle dazu beitragen, für die Probleme dieses Raumes solche Lösungen zu entwickeln, die auch in Zukunft eine zentrale Rolle in der Gesellschaft ermöglichen.

Der Minister wies weiter darauf hin, daß Maßnahmen der Dorferneuerung inzwischen wesentlicher Bestandteil der Städtebauförderung des Bundes seien. Von den 1 200 Sanierungsmaßnahmen, die 1986 mit Mitteln des Bund-Länder-Programms gefördert worden seien, hätten allein 57 Prozent im ländlichen Raum gelegen, davon etwa die Hälfte in Gemeinden mit weniger als 10 000 Ein-

wohnern. Für Städtebauförderungsmaßnahmen habe die Bundesregierung für die nächsten drei Jahre, so Schneider abschließend, jeweils 660 Mio. DM bereitgestellt. Rechne man entsprechende Mittel der Länder und Gemeinden hinzu, dann stünden in diesem Zeitraum sechs Mrd. DM aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung, was erhebliche beschäftigungspolitische Wirkungen auch im ländlichen Raum hervorrufen werde.

Lothar Späth, der baden-württembergische Ministerpräsident, sprach in seinem Referat davon, daß die Union das Grundvertrauen der Wähler wieder erringen müßte, um weiterhin erfolgreich zu sein. Es komme nicht nur auf die Bewältigung einzelner noch so wichtiger Aufgaben an, sondern darauf, daß die Menschen sich wohl fühlten, daß sie zu einer Partei Vertrauen hätten. Das wichtigste für die CDU sei, „daß wir uns nicht in Gruppenkämpfe einlassen, sondern die Leute zusammenführen“, sagte Späth. Große Politik sei immer ein Spiegelbild der kleinen. Wenn es nicht gelänge im kommunalen Bereich die solidarische Gesellschaft zusammenzuhalten, dann können wir auch in der großen Politik nicht erfolgreich sein. Wir brauchen keine Planwirtschaft — so Späth —, aber die Vision der Zukunft wollen die Menschen von uns schon beschrieben haben. Sie wollen wissen, wohin wir mit ihnen gehen. Erst wenn sie das genau wissen, werden sie entscheiden, ob sie mit uns gehen. Das ist unsere große gemeinsame Aufgabe, schloß der Ministerpräsident seine mit großem Beifall bedachte Rede.

Als letzte der Bundesminister sprach Rita Süßmuth, Familienministerin, zu den Delegierten. Sie forderte Städte und Gemeinden auf, mehr für Familien und Frauen zu tun. Sie plädierte für mehr Teilzeitarbeitsplätze, auch im öffentlichen Dienst, wies auf die immer größer

werdende Zahl von Pflegefällen hin und darauf, daß in anderen Ländern Arbeitslose in Pflegeberufen eingesetzt werden.

Die KPV, in der über 75 000 Kommunalpolitiker der CDU und der CSU zusammengeschlossen sind, forderte eine bessere Absicherung des Pflegefallrisikos noch in dieser Legislaturperiode. Bund und Länder müßten sich rasch auf eine Versicherungslösung oder ein Leistungsgesetz einigen. Der Kongreß sprach sich für alle erdenklichen Maßnahmen gegen die Zunahme von Spielhallen aus. Ähnliche Schritte könnten gegen Videotheken und Sexshops notwendig werden. Widerspruch wurde gegen einen Antrag laut, der die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen ablehnte und einen Risikobeitrag von solchen Krankenkassenmitgliedern forderte, die durch Rauchen, Alkohol, Rauschgiftkonsum sowie Lebensweisen, die zu Übergewicht, Fettsucht und Bluthochdruck führen, die Kassen besonders in Anspruch nehmen müssen. Der Vorschlag wurde zur weiteren Beratung an den KPV-Vorstand überwiesen.

Bei den Wahlen wurde Horst Waffenschmidt erneut mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind: Peter Daners, Ernst Gerhardt, Erwin Gomeringer, Albert Nell, Karl-Heinz Wodtke.

Dr. Oscar Schneider gilt gemäß Satzung der KPV der CDU/CSU als gewählt.

Neuer Bundesschatzmeister ist Josef Schaefer.

Den scheidenden Vorstandsmitgliedern Heinz Korbach und Gerhard Braun galt der besondere Dank für ihre Arbeit in der Vergangenheit.

Gerhard Stoltenberg bei der KPV:

Fünf Jahre erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik

„Durch die steuerpolitischen Beschlüsse der letzten Wochen haben Bundesregierung und Koalitionsparteien ihre Entschlußkraft und Handlungsfähigkeit überzeugend unter Beweis gestellt. Mit den Vereinbarungen der Koalitionsparteien über den Abbau von Steuersubventionen und steuerlichen Ausnahmetatbeständen verfügen wir jetzt über ein geschlossenes Konzept der Steuerreform 1990, das wir mit guten Gründen erfolgreich in der Öffentlichkeit vertreten können. Mit einer Bruttosteuersenkung von rund 70 Milliarden DM im Zeitraum 1986 bis 1990 und einer Nettoentlastung von etwa 50 Milliarden DM erreichen wir eine nachhaltige Steuerentlastung für Arbeitnehmer, Selbständige und Betriebe. Dieser Betrag geht weit über das hinaus, was in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten an steuerlichen Verbesserungen in Kraft gesetzt worden ist.

Nach den Koalitionsvereinbarungen vom Frühjahr dieses Jahres soll ein Teilbetrag der Steuersenkung durch die **Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage**, also durch eine bessere und gleichmäßigere Erfassung der Einkommen und durch den Abbau von Steuersubventionen ausgeglichen werden. Nach dem Stand der Beratungen und unter dem Vorbehalt der fachlichen Überprüfung können wir davon ausgehen, daß der im März vereinbarte Gesamtbetrag von rund 19 Milliarden DM erreicht wird.

Insgesamt werden von der Verwirklichung der jetzt vorliegenden, beschlosse-

nen steuerpolitischen Konzeption spürbare Wirkungen auf Risiko- und Leistungsbereitschaft, auf Investitionen und damit auf Wachstum und Beschäftigung ausgehen. Wir senken nicht nur die Gesamtsteuerlast um netto rund 2½ Prozent des Bruttosozialprodukts, wir erreichen nicht nur eine **dauerhafte Absenkung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote**, sondern wir schaffen insgesamt ein **gerechteres und volkswirtschaftlich effizienteres Steuersystem**.

Die deutliche Anhebung der Grund- und familienbezogenen Freibeträge sorgt dafür, daß auch die untersten Einkommensgruppen erheblich an der allgemeinen Steuerentlastung teilhaben.

Der **Schwerpunkt** der steuerlichen Entlastung liegt im Bereich der **lohn- und einkommensteuerlichen Progressionszone**. Durch die **Einführung des linear-progressiven Tarifs** wird der Mehrverdienst durch zusätzliche und bessere Leistung, durch beruflichen Aufstieg und unternehmerischen Erfolg um bis zu einem Drittel steuerlich entlastet. Für die ganz überwiegende Mehrzahl unserer Bürger, für die das Streben nach höherem Wohlstand nach wie vor ein wichtiges Ziel ist, bedeutet dies eine nachhaltige Verbesserung der langfristigen Perspektiven in der beruflichen Entwicklung.

Durch die spürbare Rückführung der Grenzbelastung in der Einkommensteuer, die Verringerung des Spitzensteuersatzes um 3 Prozentpunkte und die Absenkung der Körperschaftsteuer auf einbehaltene Gewinne um 6 Prozentpunkte erreichen wir im Ergebnis auch eine deutliche Ver-

ringerung der Unternehmensteuern. Vor allem für die mittelständischen Unternehmen, die in den meisten Fällen die Grundlage der kommunalen Wirtschaftsstruktur sind, ist die neue Tarifstruktur von entscheidender Bedeutung. Höhere Nettoerträge stärken die Selbstfinanzierungskraft derjenigen Betriebe, für die aufgrund ihrer geringen Größe der Zugang zu den Kapital- und Kreditmärkten erschwert ist. Darüber hinaus wird der finanzielle Anreiz für arbeitsplatzschaffende Investitionen spürbar verbessert.

Die beachtlichen **Erfolge bei der Beschränkung des Ausgabenanstiegs** in den letzten Jahren haben unsere Entschlossenheit unter Beweis gestellt, frühere Fehlentwicklungen zu korrigieren, weit überhöhte Finanzierungsdefizite abzubauen und den Anteil des Staates an der gesamtwirtschaftlichen Leistung wieder auf ein ökonomisch vertretbares Maß zurückzuführen. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts ist seit 1981 von 4,9 auf 2,2 Prozent des Brutto sozialprodukts zurückgegangen. Der durchschnittliche Ausgabenanstieg bei allen öffentlichen Haushalten zusammen genommen betrug im selben Zeitraum nur 2,8 Prozent.

Damit wurde eine gute Basis für die bereits begonnene, nachhaltige Steuer senkung geschaffen. Wir müssen den Kurs sparsamster Ausgabenführung jedoch noch über eine ganze Reihe von Jahren fortsetzen, wenn die Verringerung der Steuereinnahmen nicht zu einer mehr als nur vorübergehenden Erhöhung der Nettokreditaufnahme — wir rechnen mit einem Anstieg auf wieder rund 3 Prozent des Brutto sozialprodukts — führen soll.

Monatelang geäußerte Befürchtungen der Vertreter einiger kommunaler Spitzenverbände, die Umschichtung werde den

Gemeinden nicht zugute kommen, haben sich schon jetzt als unbegründet erwiesen.

Für jede Ebene der Verwaltung bedeutet die Steuerreform natürlich kurzfristig gewisse Mindereinnahmen — aber **Sonderlasten für die Gemeinden wird es nicht geben**. Wider besseres Wissen verbreitete Meldungen der Sozialdemokraten über Steuerausfälle der Kommunen von 9 Milliarden DM bis 1990 haben die bereits im März im Volumen beschlossenen Umschichtungsmaßnahmen schlicht unterschlagen.

Da der begrenzte Ausgleich für die Steuer senkungen nun aller Voraussicht nach allein durch den Abbau von Steuer subventionen und Ausnahmetatbeständen erreicht werden kann, **ist sichergestellt, daß Bund, Länder und Gemeinden in etwa gleichmäßig an den finanziellen Auswirkungen beteiligt sind**. In einer Feinabstimmung wird jetzt zu prüfen sein, ob und wieweit zusätzliche Ausgleichsregelungen zwischen den Gebietskörperschaften erforderlich sind. Wir werden hierüber in Kürze mit allen Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden intensive Gespräche führen.

Die Bundesregierung steht zu ihrer Mitverantwortung für die Finanzlage aller öffentlichen Haushalte. Ich nenne in diesem Zusammenhang aus den vergangenen Jahren nur die **Anhebung des Umsatzsteueranteils der Länder** von 31,5 Prozent im Jahr 1982 auf heute 35 Prozent, die Auswirkungen der Sparmaßnahmen von 1983 und 1984 auf die Länder- und Gemeindehaushalte und die für die Jahre 1986 und 1987 vereinbarte Erhöhung der Städtebauförderungsmittel, durch die den Gemeinden insgesamt 2 Milliarden DM an Bundes- und 1,3 Milliarden DM an Landesmitteln zufließen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung durch eine Reihe von Entscheidungen

dazu beigetragen, den Anstieg der Sozialhilfeausgaben der Gemeinden in Grenzen zu halten. Die Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche, Einführung eines einkommensabhängigen Zuschlags zum Kindergeld, die Verbesserung beim Wohngeld und die mehrfache Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes bedeuten für die Sozialhilfeausgaben ein Entlastungsmoment.

Wir können jetzt auf fünf Jahre erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückblicken. Es waren auch — trotz mancher sachlicher Auffassungsunterschiede — fünf Jahre erneuerter und verstärkter Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir haben gemeinsam Politik für die Bürger unseres Landes gestaltet. Wir haben **anhaltendes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, steigende Realeinkommen, steigenden Konsum und vor allem die Schaffung von 650.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen ermöglicht.**

Die bis jetzt erfolgreiche Stabilisierung der wichtigsten Währungsrelationen seit dem Louvre-Abkommen vom Februar dieses Jahres, die verstärkte finanz- und währungspolitische Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Industrieländern, hat mögliche, schwerer wiegende Einbrüche verhindert. Ungefähr **seit Jahresmitte ergibt sich insgesamt wieder ein deutlich besseres Bild bei den Konjunkturdaten.**

Vor allem die Auftragseingänge — und zwar aus dem In- wie aus dem Ausland — zeigen im Trend in den letzten Monaten wieder deutlich nach oben. Auch das Geschäftsklima weist auf eine weitere Belebung hin. Vor allem scheint die Nachfrage nach Investitionsgütern erfreulich stabil zu bleiben.

Die Bundesrepublik ist auf dem richtigen Weg.“

CSU will „nachbessern“

Die CSU will die von der Bundesregierung geplante Steuerreform in einigen Punkten „nachbessern“, sagte der stellvertretende CSU-Generalsekretär Erwin Huber vor Beginn eines Treffens von rund 400 CSU-Spitzenfunktionären, die CSU-Chef Franz Josef Strauß nach München gerufen hatte. „Einiges, was auf der Sparliste steht, kann noch nicht als endgültig bezeichnet werden“, meinte Huber.

Medien und Politiker zu Selbstkritik aufgerufen

Der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier hat als Konsequenz aus der Kieler Affäre um den ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel Selbstkritik bei Medienvertretern und Politikern gefordert. Die Selbstkritik der Medien müsse jedoch am Anfang stehen, sagte Maier im Deutschlandfunk.

Der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) erwähnte das Verhalten der Reporter der Hamburger Illustrierten „Stern“ im Genfer Hotelzimmer Barschels, „deren Vorgehen ich nicht näher zu kommentieren brauche“. Die Journalisten seien hier „über alle Beschränkungen hinweggegangen“, sagte Maier. Der ZdK-Vorsitzende betonte, die politische Kultur in der Bundesrepublik werde sowohl von den Medien als auch von den Politikern gemacht. Es müsse genauer untersucht werden, welchen Beitrag beide leisteten.

Alfons Müller bestätigt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Alfons Müller (Wesseling) ist erneut für vier Jahre zum Bundesvorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) gewählt worden. Der 56jährige ist bereits seit 16 Jahren Bundesvorsitzender.

SPD ohne Konzept in der Steuerpolitik: Nichts als Kritik und Panikmache

Die Kritik der SPD an den Vereinbarungen der Koalition zum steuerlichen Subventionsabbau legt ihre eigenen Widersprüche offen und beweist ihre Konzeptionslosigkeit.

● Die SPD hat mit dem Hinweis auf angeblich drohende Steuererhöhungen bei der Mehrwertsteuer zur Teilfinanzierung der Steuerreform 1990 immer wieder einen Subventionsabbau angemahnt. Nunmehr wird das in der Koalition vereinbarte Maßnahmenbündel zum steuerlichen Subventionsabbau für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem, das sozial ausgewogen und im Umfang ohne Beispiel ist, angegriffen.

● Trotz der Forderungen nach gerechter Besteuerung verteidigt die SPD jetzt beabsichtigte Maßnahmen, die offenbare Ungleichbehandlungen beseitigen oder mildern, als unantastbare Besitzstände.

● Die Politik der SPD während ihrer Regierungsverantwortung und ihre immer wieder erhobenen Forderungen nach zusätzlichen Staatsausgaben machen ihre Kritik an der Haushaltspolitik dieser Koalition unglaubwürdig, indem sie die gesamtwirtschaftliche Vertretbarkeit der im Zusammenhang mit der Steuerreform 1990 vorübergehend höheren Nettokreditaufnahme anprangert.

Die Behauptungen sind im einzelnen wie folgt richtigzustellen:

Zu I. „Die Bundesregierung hat ihr Ziel, 19 Mrd. DM Subventionsabbau, verfehlt“

Die Behauptung der SPD, die Beschlüsse der Regierungskoalition führten nicht zu dauerhaft haushaltswirksamen Steuer-mehreinnahmen von 18,2 Mrd. DM, sondern nur zu Steuer-mehreinnahmen von rund 13 Mrd. DM, ist nicht haltbar.

1. Verlängerung auslaufender Vorschriften

Die Behauptung, beim Abbau von Steuer-vergünstigungen in Höhe von 1,4 Mrd. DM handele es sich um **reine Luftbuchungen**, ist falsch.

Bei den angeführten Maßnahmen kommt es in allen Fällen erst ab 1992 zu kassenmäßigen Mehreinnahmen, so daß sie in der mittelfristigen Finanzplanung, die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen bis 1991 gilt, zwangsläufig nicht berücksichtigt sein können. Im übrigen demon-

strieren die angeführten Maßnahmen, daß die Bundesregierung die Befristung von Steuervergünstigungen als Auftrag zum tatsächlichen Abbau versteht.

Gegen die von der SPD aufgestellte Behauptung, die Vorschriften würden ohnehin gesetzlich auslaufen und somit zu Steuer-mehreinnahmen führen, spricht die Erfahrung in den vergangenen Jahren.

Zum Beispiel wurde § 7 d EStG durch Gesetz vom 21. Februar 1975 eingeführt mit Befristung bis zum 31. Dezember 1980 und danach durch Gesetz vom 18. August 1980 bis zum 31. Dezember 1990 noch unter der SPD-Regierung verlängert.

Gleichermaßen wurde das Auslaufen des durch Gesetz vom 4. November 1977 ein-

geführten § 24 b EStG am 31. Dezember 1985 durch das Steuerbereinigungsgesetz 1986 auf den 31. Dezember 1990 verlegt.

Diese und weitere Beispiele (so die Verlängerungen der §§ 82 a EStDV, 82 d EStDV und 82 g EStDV) widerlegen die Behauptung der SPD, daß Steuermehreinnahmen ohnehin durch die gesetzliche Ablaufautomatik von Steuervorschriften entstehen. Erforderlich für das tatsächliche Auslaufen der Steuervergünstigungen und damit für die nachhaltige Erzielung von Steuermehreinnahmen ist die Bekräftigung des politischen Willens zum Subventionsabbau.

2. Auflösung der Rückstellungen

Die SPD behauptet, die Auflösung der Rückstellungen für Jubiläumswendungen und die Auflösung der Sammelwertberichtigungen für Kreditinstitute führe nur zu **vorübergehenden Mehreinnahmen**, die nicht für die Finanzierung von dauerhaften Steuersenkungen zur Verfügung stehen.

Richtig ist, daß die Auflösung bestehender Rückstellungen zu einmaligen Steuermehreinnahmen führt. Allerdings berücksichtigt die SPD nicht, daß ohne ein gesetzliches Rückstellungsverbot künftige Rückstellungen mit der Folge entsprechender Steuermindereinnahmen gebildet werden können. Mit dem Verbot der Rückstellungsbildung wird daher auch der Weg für die Schaffung neuer Subventionstatbestände verbaut.

3. Kapitalertragsteuer

Zu den erwarteten Steuermehreinnahmen aus der Kapitalertragsteuer:

Die Kritik der SPD an den vorgesehenen Verbesserungen bei der steuerlichen Erfassung von Kapitaleinkünften ist unverständlich. Es geht um die **Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit**. 1982

hatte der damalige SPD-Finanzminister Lahnstein für eine allerdings einschneidende, weniger sozial gestaltete Kapitalertragsteuer Einnahmen von über 7 Milliarden DM veranschlagt. Der SPD ging es allerdings nicht darum, die Bevölkerung im Rahmen eines umfassenden Entlastungskonzeptes gerechter zu behandeln. Sie brauchte das Geld vielmehr zur Stopfung der von ihr verschuldeten Haushaltsdefizite. Wenn sie jetzt die Zahl für das erwartete Steuermehraufkommen bezweifelt, so steht dies in krassem Widerspruch zu ihren eigenen früheren Schätzungen.

4. Regionale Wirtschaftsförderung

Die Behauptung der SPD, daß gleichzeitig mit der Kürzung der steuerlichen Investitionszulage durch die Erhöhung der Ausgaben für die „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“ um 500 Mio. DM der Nettoeffekt des beschlossenen Subventionsabbaus vermindert wird, ist nicht haltbar.

Ziel der Steuerreform ist nicht nur eine deutliche Steuerentlastung, sondern auch eine nachhaltige Verbesserung der Steuerstruktur. Allerdings kann eine solche Strukturverbesserung nicht nur durch Kürzen oder Einsparen bei Steuersubventionen und Sonderregelungen erreicht werden. Der Leitgedanke der Koalition ist „Gestalten und Vereinfachen“.

Nach diesem Grundprinzip wird auch in anderen Bereichen verfahren. So wurde beispw. die Aufhebung der Grundsteuerbefreiung für den Wohnungsbau ab 1990 und zugleich eine **Anhebung des Baukindergeldes** beschlossen. Dadurch werden auch nach der Aufhebung der Grundsteuerbefreiung Eltern mit Kindern, die bauen wollen, im Ergebnis nicht schlechter, sondern besser gestellt als bei der Grundsteuerbefreiung.

Die befristeten erhöhten Absetzungen für Umweltschutzinvestitionen werden nicht verlängert. Das Volumen der zinsgünstigen Umweltschutzkredite der Kreditan-

stalt für Wiederaufbau soll aufgestockt werden, um eine wirksame Sonderförderung dieser Investitionen auch in Zukunft zu gewährleisten.

Zu II. „Die Darstellung der Belastungswirkungen durch den Bundesfinanzminister ist irreführend“

1. Finanzierung der Steuerreform ist sozial gerecht

Die SPD vertritt die Ansicht, die Beschlüsse zum Abbau von Steuervergünstigungen seien nicht sozial ausgewogen, da die Belastung der Unternehmen systematisch zu hoch, die Belastung der Arbeitnehmer hingegen systematisch zu niedrig ausgewiesen werden. Auch dies ist unzutreffend.

Die von der Regierungskoalition vereinbarten Einzelvorschläge zum Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen ergeben eine sozial ausgewogene Wirkung. **Gewährleistet wird, daß die in unserer Gesellschaft vertretenen großen Gruppen in angemessener Weise ihren Beitrag zum Abbau von Steuervergünstigungen leisten.** Beim Abbau von Steuersubventionen sind aufgrund der Progressionswirkung Beziehender höherer Einkommen weit überdurchschnittlich betroffen.

2. Abbaumaßnahmen berühren alle soziologischen Gruppen

Die SPD vertritt die Ansicht, daß jene Abbauvorschläge, die nicht bestimmten soziologischen Gruppen zugeordnet wurden, überwiegend Arbeitnehmer und Rentner treffen. Auch dies ist falsch.

Bei genauerer Analyse der Abbauvorschläge wird deutlich, daß ein großer Bereich der Abbaumaßnahmen einer gleichmäßigeren Besteuerung von Einkommen aus verschiedenen Einkunftsar-

ten dient oder ganz allgemein private Ausgabenentscheidungen betrifft; das sind Steuervergünstigungen, die an persönliche Merkmale des Steuerpflichtigen, unabhängig von der Zugehörigkeit zur Gruppe der Arbeitnehmer oder der Unternehmer, anknüpfen. Beide Bereiche berühren Steuerzahler aus allen soziologischen Gruppen und können somit nicht im einzelnen zugeordnet werden. Versuche, einzelne Abbaumaßnahmen aus diesen Bereichen ganz überwiegend einer bestimmten Gruppe zuzuordnen zu wollen, beruhen deshalb auf reinen Spekulationen oder interessenbedingten Argumentationen. So hat z. B. der Bundesverband der deutschen Industrie bereits bemängelt, daß die nicht bestimmten soziologischen Gruppen zugeordneten Abbaumaßnahmen überwiegend zu Lasten der Unternehmer gehen.

3. Rentner werden überproportional entlastet

Die SPD stellt fest, daß Arbeitnehmer und Rentner die Hauptlast bei der Finanzierung des Steuerpakets 1990 zu tragen haben. Auch hierbei handelt es sich um Panikmache.

Da Renten lediglich mit dem Ertragsanteil steuerpflichtig sind, wird mit jeder Erhöhung des Grundfreibetrags der Beginn der Steuerbelastung für Rentner überproportional hinausgeschoben (Multiplikatoreffekt). Rentner werden daher durch die Steuerreform 1990 überproportional entlastet.

Auswirkungen der Steuerreform 1990 auf Städte, Gemeinden und Kreise

1. Nach den letzten Beschlüssen der Koalition zur Finanzierung der Steuerreform ergeben sich nach den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums folgende Auswirkungen:

Maßnahmen	insges.	Entstehungsjahr 1990			insges.	Rechnungsjahr 1990		
		Bund	Land	Gem.		Bund	Land	Gem.
Steuermindereinnahmen durch Steuerentlastungen	39 200	16 833	17 239	5 128	34 700	14 904	15 264	4 532
Steuermehrereinnahmen durch den Abbau von Steuervergünstigungen	18 181	7 969	7 938	2 274	12 811	5 789	5 780	1 242
Saldo	21 019	8 864	9 301	2 854	21 889	9 115	9 484	3 290

2. Direkte Auswirkungen der Steuerreform 1990 auf die Kommunen

1.1 Maßnahmen insgesamt	Entstehungsjahr 1990	Rechnungsjahr 1990
— bei den Steuermindereinnahmen durch Steuerentlastungen (sog. Bruttoentlastung der Steuerpflichtigen)	5 128 = 13,08 v. H.*	4 532 = 13,06 v. H.**
— bei den Steuermehrereinnahmen durch den Abbau von Steuervergünstigungen (sog. Umschichtung)	2 274 = 12,51 v. H.	1 242 = 9,7 v. H.
— Saldo (sog. Nettoentlastungen der Steuerpflichtigen)	2 854 = 13,58 v. H.	3 290 = 15,03 v. H.

* bezogen auf das Gesamtvolumen von 39,20 Mrd. DM

** bezogen auf die kassenwirksam werdende Entlastung von 34,7 Mrd. DM

Bewertung:

Maßstab ist die Aussage der Bundesregierung, die Kommunen entsprechend ihrem Anteil an den Belastungen auch an den Entlastungen zu beteiligen. Gemessen daran ergibt sich:

Im **Entstehungsjahr** ist die Entlastung um rd. 0,5 v. H. niedriger als die Belastung, im **Rechnungsjahr** 1990 3,3 v. H.

3. Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 19. Oktober 1987 den Fragenkomplex

Steuerreform und kommunale Finanzen mit den Präsidenten, Vizepräsidenten und Hauptgeschäftsführern der drei kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindebund und Landkreistag) erörtert. Dabei wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die beraten soll, was noch für die Kommunen geschehen muß, damit sie an den Steuermehrereinnahmen genauso hoch beteiligt werden wie an den Steuermindereinnahmen, insbesondere im Blick auf das **Rechnungsjahr** 1990.

Diese Arbeitsgruppe besteht aus folgenden Mitgliedern:

- a) Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender,
- b) Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Voss oder Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Häfele für das Finanzministerium,
- c) Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Waffenschmidt für das Innenministerium,
- d) Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Pappermann für den Städtetag,
- e) Hauptgeschäftsführer Dr. Mombaur für den Städte- und Gemeindebund,
- f) Hauptgeschäftsführer Dr. Tiedeken für den Landkreistag.

4. Nachdrücklich müssen auch die Länder aufgefordert werden, den Kommunen im kommunalen Finanzausgleich von den Ländermehreinnahmen in Höhe von rund acht Mrd. DM mitzugeben. Bei einem Beteiligungssatz der Kommunen an den Landessteuern von durchschnittlich 22 % wären dies Mehreinnahmen für die Kommunen von 1,76 Mrd. DM pro Jahr. Dieses Geld steht den Kommunen vor allem dann zu, wenn die Länder die Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich auch an den Mindereinnahmen beteiligen.

5. Wenn die Gemeinden mit ihrem Steueranteil die Steuerreform mittragen und entsprechende Einnahmeausfälle haben, bekommen sie trotzdem auch in den Jahren 1988, 1889, 1990 und 1991 noch immer mehr Steuereinnahmen als heute, u. a. weil die Wirtschaft wächst und die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist.

Es verbleiben Mehreinnahmen für die Kommunen in folgender Höhe:

1988	1989	1990	1991
— Milliarden Mark —			
1,6	2,5	2,7	2,8

Die Kommunen haben 1991 rd. 11 Mrd. DM mehr an Steuereinnahmen als 1986.

6. Zweifellos bildet die Einkommensteuer einen Eckpfeiler der kommunalen Finanzausstattung. Zur Gesamtbewertung gehört aber auch die Einbeziehung der voraussichtlichen Entwicklung der übrigen Gemeindesteuern, insbesondere der Gewerbesteuer. Aus heutiger Sicht werden die kommunalen Steuereinnahmen insgesamt bis 1991 selbst unter Einbeziehung der für 1990 vorgesehenen Nettoentlastung jahresdurchschnittlich in einer Größenordnung von 3,5 % steigen. Allein diese Zahl beweist, wie haltlos die Behauptung ist, der Bund betreibe eine für die kommunale Ebene ruinöse Steuerpolitik.

7. Es war bisher unstreitig — und ist auch von den kommunalen Spitzenverbänden mitgetragen worden —, daß alle öffentlichen Haushalte in demselben Umfang, wie sie beständig an den Mehreinnahmen aus der sehr dynamischen Einkommensteuer teilhaben, auch die zur Verringerung der Steuerbelastung der Bürger und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen notwendige Steuer-senkung mittragen müssen.

8. 1982 betrug der Anteil des Bundes am gesamten Steueraufkommen 48,4%. 1987 wird er sich nach der neuesten Steuerschätzung nur noch auf 46,2% belaufen. Dies bedeutet einen Steuerverzicht des Bundes im laufenden Jahr um rd. 10 Mrd. DM. **Demgegenüber hat sich der Anteil der kommunalen Ebene am Gesamtaufkommen von 12,4% im Jahre 1982 auf 13% im Jahre 1986 erhöht, einschließlich der Stadtstaaten sogar von 13,5% auf 14,1%.**

Die Kommunen werden dieses Niveau auch 1990 halten. Durch die Steuerreform werden also die Gewichte nicht zu Lasten der Kommunen verschoben.

9. An der Tatsache, daß die Kommunen durch die Steuerreform nicht übermäßig belastet werden, ändert sich auch nichts, wenn man die mittelbaren Auswirkungen der Steuerreform auf die kommunalen Finanzierungssysteme berücksichtigt. Dies ist eine automatische Folge des aus der Finanzverfassung abgeleiteten Steuerverbundsystems zwischen Ländern und Gemeinden. Da sich dieser Steuerverbund aber nicht nur auf die Einkommensteuer, sondern auf alle wesentlichen Ländersteuern erstreckt, **wird auch die steuerliche Verbundmasse im kommunalen Finanzausgleich trotz der Steuerreform 1990 deutlich zunehmen.** Wie der bayerische Finanzminister Streibl kürzlich erklärte, wird die durchschnittliche Zuwachsrate der Verbundmasse in Bayern bis 1991 2,5 bis 3 % betragen.

10. Die Zahlen der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) sind SPD-Panikmache. Damit soll die Steuerreform bekämpft werden. Die SPD verschweigt die Steuerzuwächse der Kommunen und das Umschichtungsvolumen von 19 Mrd. DM. Ansonsten will die SPD davon ablenken, daß die SPD-Landesregierung in Düsseldorf den Gemeinden die Finanzaufweisungen in den letzten Jahren um weit über 10 Mrd. DM gekürzt hat durch Senkung der gemeindlichen Beteiligung am Steueraufkommen des Landes.

11. Die Bundesregierung Helmut Kohl hat in ihrer Amtszeit immer wieder in gezielter Weise Finanzmittel für kommunale Aufgaben zur Verfügung gestellt. Dies geschieht auch mit dem Etatentwurf der Bundesregierung für 1988. Dafür sprechen drei Beispiele:

a) Weitere 660 Mio. DM Bundeszuschüsse für Stadt- und Dorferneuerung. Dies sind dreimal mehr für diesen Zweck als 1982, im letzten Jahr der SPD-geführten Bundesregierung.

b) 1,39 Mrd. DM für den öffentlichen Personennahverkehr.

c) 1,106 Mrd. DM für den kommunalen Straßenbau.

12. Durch Verbesserung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung an die älteren Arbeitslosen werden die Kommunen bei der **Sozialhilfe entlastet.** Unter der Regierung Kohl wurde das Wohngeld erhöht. Erste Initiativen für den Pflegekostenbereich wurden ergriffen.

13. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die **Gewerbesteuergarantie** zugunsten der Städte und Gemeinden vor der letzten Hauptversammlung des Deutschen Städtetages erneuert. Darauf können sich alle Kommunen verlassen. Es wird nicht wider zu steuerpolitischen Schnellschüssen kommen wie zu Zeiten der SPD-geführten Bundesregierung.

14. Unter der SPD-geführten Bundesregierung hatten die deutschen Kommunen im Jahre 1981 ein Finanzierungsdefizit von rd. 10,1 Mrd. DM. Unter der Bundesregierung von Helmut Kohl konnten diese hohen Defizite abgebaut werden. **In den Jahren 1984 und 1985 konnten sogar Überschüsse erwirtschaftet werden.**

15. Die Bundesregierung Helmut Kohl hat in ihrer Amtszeit im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes effektive und nachweisliche Initiativen für die Stärkung der kommunalen Finanzkraft durchgesetzt. **Sie wird mit ihrer soliden Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik auch weiterhin den Interessen der Bürger und der Städte, Gemeinden und Kreise dienen.**

Durch die Steuerreformmaßnahmen sollen Bürger und Betriebe von Abgaben entlastet werden. **Dadurch wird das wirtschaftliche Wachstum gestärkt, was wieder zu zusätzlichen Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden führt.**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

**Aktuelles
Werbemittel**



CDU-Schlüsselanhänger Stabile Mark – der Schlüssel zum Wohlstand

Stabile Preise! Das ist einer der wichtigsten Erfolge der verlässlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung. Die Preisstabilität hat die Realeinkommen kräftig steigen lassen. Sie ist damit zum Schlüssel für den Wohlstand geworden.

Unseren beliebten und bewährten Schlüsselanhänger in Form eines stabilen Markstückes gibt es ab sofort mit dem Prägestempel „1988“. Er bleibt so auch im neuen Jahr als Werbemittel aktuell.

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 28,— DM
Bestell-Nr.: 9783

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UID

34/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.